

Nein zur Entwaffnungsinitiative

Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer, Bern

Am 13. Februar 2011 stimmen wir über die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» (wohl eher Entwaffnungsinitiative) ab. Dieses Volksbegehren wurde von Kräften lanciert, welche die Armee abschaffen wollen. Die Initiative zielt einzig auf die Entwaffnung der Wehrmänner und somit auf die Entwaffnung von uns Schweizern. Sie ist deshalb entschieden abzulehnen.

Machen wir uns keine Illusionen: Von diesem linken Volksbegehren sind die **Kriminellen nicht** betroffen – auch die ausländischen Delinquenten nicht. Diese besitzen ihre Waffen meist illegal. Die Initiative macht nicht die geringste Anstrengung, diesen gefährlichen Besitzern von Waffen ihr übles Handwerk zu legen. Im Gegenteil: Wenn alle Schweizer entwaffnet werden, besitzen in der Folge die **Verbrecher** und gewisse **Ausländer** ein **Waffenmonopol**. Das wird sie möglicherweise motivieren, ihre Waffen noch viel rascher und viel skrupelloser einzusetzen.

«Heimatmüde» am Werk

Im vergangenen Jahr hat die Sozialdemokratische Partei (SP) beschlossen, die Abschaffung der Armee als Ziel in ihr Parteiprogramm aufzunehmen. Die zweite federführende Kraft hinter der Waffeninitiative ist die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GsoA)». Damit ist das Wesentliche über die wahren Ziele der Initianten gesagt: Die Waffeninitiative greift unsere Milizarmee und das freiheitliche Schweizer Staatswesen an. Natürlich sind nicht alle der Organisationen, welche die Initiative unterstützen, offene Armeegegner. Es hat auch einige, denen zugebilligt werden darf, ernsthaft den Schutz und die Prävention fördern zu wollen. Deren Anliegen nehmen wir ernst. Doch sie sitzen der ideologisch motivierten Linken auf, denn leider kann die Entwaffnungsinitiative keinen Beitrag zu mehr Sicherheit in der Schweiz leisten. Machen wir alle die Augen auf: Der allergrösste Teil der Initianten stammt aus den Kreisen, die in regelmässigen Abständen Initiativen zur Schwächung und Abschaffung der Armee einreichen oder unterstützen. Wer glaubt, die GSoA engagiere sich für die Suizidprävention, der sitzt einem gewaltigen Irrtum auf!

Schwächung der Milizarmee

Die Entwaffnungsinitiative schwächt unser Milizsystem, das darauf beruht, dass wir ein Staatswesen aufrechterhalten, der den einzelnen Bürgern vergleichsweise mehr Rechte, aber auch mehr Pflichten und Verantwortung zubilligt. Die Initianten versuchen ein anderes Gesellschaftsmodell zu etablieren. Eines, das den Staat voranstellt und die Bürger bevormundet – weil diese Kreise davon ausgehen, dass der «dumme» Bürger geführt werden muss, um sein Glück zu finden. Dieses Gesellschaftsmodell lehnen wir Schweizer Demokraten klar ab und setzen lieber auf Selbstverantwortung.

Eine der zentralen Fragen dieses Abstimmungskampfes lautet: Macht die Heimabgabe der persönlichen Armeewaffe heute noch Sinn? Die Antwort ist: Ja, klar!

Natürlich sind die Zeiten vorbei, in denen sich ein Soldat von zu Hause zum

Einsatzort durchschlagen musste. Aber dieser Mythos wird nur von den Initianten, oder von This Jenny (SVP) und – leider – einigen Medien gepflegt, nicht von der Armee. Oder ihr Nahestehenden.

Persönliche Waffe als Eigenschutz

Die persönliche Waffe ist nicht ein Ausrüstungsgegenstand wie jeder andere. Sie dient unseren Soldaten zur Erfüllung des Auftrages und dabei für den Eigenschutz. Eine umfassende Schiessausbildung ist deshalb ein wichtiger Beitrag zur Bereitschaft einer glaubwürdigen Armee. Ein Teil dieser Schiessausbildung ist die **ausserdienstliche Schiesspflicht**. Viele sagen, der Wert des «Obligatorischen» sei gering. In einer Milizarmee steht für jeden Teil der Ausbildung weniger Zeit zur Verfügung im Vergleich zu einer Berufsarmee. Aber deswegen ist diese Ausbildung nicht weniger wichtig – im Gegenteil! Je mehr Praxis der Schütze aufweist, desto besser und sicherer wird er, die Unfallgefahr wird minimiert. Es ist deshalb zu begrüßen, dass viele Soldaten zusätzlich zum «Obligatorischen» am Eidgenössischen Feldschiessen oder an anderen Schiessanlässen teilnehmen.

Die obligatorische Schiesspflicht darf nicht mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden sein. Wird die Armeewaffe im Zeughaus gelagert, bedeutet das für den Wehrmann je nach Wohnort einen mehrstündigen Reiseweg: vor und nach dem jährlichen Wiederholungskurs sowie vor und nach dem «Obligatorischen»!

Hohe Kosten

Eine zentrale Lagerung würde hohe Kosten verursachen. Heute muss der Soldat selber für die Wartung der Waffe, ihre Funktionstüchtigkeit und die Lagerung sorgen. Würde die Initiative angenommen, bedeutet das für den Steuerzahler:

- einen einmaligen Arbeitsaufwand in der Höhe von 4,9 Millionen Franken für die Rücknahme der Armeewaffen. Gemäss Armeechef André Blattmann müssten dafür 47 Mitarbeiter eingestellt werden. 47 neue Stellen ohne Mehrwert für die Sicherheit – das ist nun wirklich absolut Unvernünftig und überflüssig!
- jährlich weitere 2,8 Millionen Franken für die Herausgabe und Rücknahme und die Instandhaltung der Armeewaffen.
- jährlich 11,2 Millionen Franken für die Durchführung des «Obligatorischen».
- Zusätzliche bauliche Kosten für die Erstellung der entsprechenden Sicherheitsräume wurden noch nicht einmal beziffert.
- Die Entwaffnung der Schweizerinnen und Schweizer verursacht zudem weitere massive Kosten, die nichts mit der Armeewaffe zu tun haben und von denen bis heute kaum jemand gesprochen hat. Hunderttausende von privaten Waffen wurden gesetzeskonform erworben. Der Einzug dieser Waffen wäre somit eine Enteignung, für die der Staat gemäss Verfassung eine Entschädigung zahlen müsste. Was das kostet, kann

nicht beziffert werden. Australien hat in den 1990er Jahren für eine vergleichbare Aktion rund 500 Millionen Australische Dollar aufgewendet – ohne Auswirkungen auf die Gesamtsuizidrate notabene!

Mündige Schweizer Bürger

Der wichtigste Grund für die Heimabgabe der persönlichen Armeewaffe bleibt aber das Vertrauen zwischen dem Staat und seinen Bürgern in Uniform. Wir wollen eine Armee, die von den Bürgern gebildet wird und nur bei ernsthaftem Bedarf mobilisiert werden soll. Dass in diesem Fall die Bürger mit ihrem Leben für die Sicherheit unseres Landes eintreten, bedingt, dass wir ihnen Vertrauen schenken und sie professionell ausrüsten und ausbilden. Der Geist der Waffeninitiative ist das Gegenteil dessen – sie wähnt, in den eigenen Bürgerinnen und Bürgern die Gefahr für Staat und Gesellschaft zu erkennen. Das muss jeden freiheitlichen Politiker aufrütteln und jeden mündigen Bürger alarmieren.

Das Recht auf verantwortungsvollen privaten Waffenbesitz war stets ein Kennzeichen der Demokratie. Diktaturen hingegen haben stets die Bevölkerung entwaffnet. Wer den Glauben an den eigenen Bürger verliert, bezweifelt die Grundlagen der Demokratie. Dass nicht alle Regierungen dieser Welt ihren Bürgern dieses Recht und Vertrauen zubilligen können oder wollen, spricht in erster Linie für unsere Schweizerinnen und Schweizer – nicht gegen sie! Mich erstaunt die Einmischung eines UNO-Ausschusses in unseren Abstimmungskampf. Dieser forderte kürzlich von der Schweiz, «Massnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu Waffen zu erschweren, die im Zusammenhang mit dem Militärdienst zuhause aufbewahrt werden.» Es scheint mir, es gibt doch für die UNO wichtigere Probleme, als angebliche Sicherheitsprobleme der Schweiz zu lösen. Und man möchte ihr wünschen, die UNO hätte dabei ähnlichen Erfolg wie wir in der Schweiz! Dass die Initianten der Waffeninitiative den Uno-Bericht bejubelt haben, erstaunt mich noch weniger. Sie unterstreichen damit ihr Bild einer unmündigen Schweizer Bevölkerung!

Keine Suizidprävention

Die Entwaffnungsinitiative ist irreführend und verhindert keine Gewalttaten. Gegen den kriminellen Waffenmissbrauch wird mit der Initiative nichts unternommen und die **tatsächlichen Ursachen** von häuslicher Gewalt und von Selbstmorden werden gänzlich ignoriert. Die Waffeninitiative führt zu mehr Bürokratie und kostet den Steuerzahler Millionen. Sie ist ein Angriff auf die Schweizer Milizarmee, sie gefährdet die Jagd und das Schiessen als Breitensport.

Die Waffeninitiative ist ein Etikettenschwindel: Unter dem Deckmäntelchen der Gewaltprävention verfolgen die Initianten unter der Führung von SP und GSoA ihre wahren Ziele: **die Abschaffung der Armee!** Gleichzeitig zerstört die Initiative schweizerische Traditionen und Werte wie Freiheit, Vertrauen, Eigenverantwortung, Sicherheit und Unabhängigkeit.

Zusammen mit der Schweizerischen Offiziersgesellschaft und den weiteren Milizorganisationen, dem «Swiss Olympic», dem Dachverband des Schweizer Sports, sagen wir Schweizer Demokraten (SD) entschieden **Nein zur Zerstörung von Schweizer Werten und Nein zur schädlichen linken Entwaffnungsinitiative!**